



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

229 (28.5.1920) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-191524](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-191524)

Mannheimer General-Anzeiger

Wagnersche Anstalt in Mannheim u. Umgebung monatl. einbl. Nr. 1.00 für Belegexempl. u. Einzelabg. ...
Verlag: Wagnersche Anstalt in Mannheim u. Umgebung monatl. einbl. Nr. 1.00 für Belegexempl. u. Einzelabg. ...

Badische Neuere Nachrichten

Wagnersche Anstalt in Mannheim u. Umgebung monatl. einbl. Nr. 1.00 für Belegexempl. u. Einzelabg. ...

Keine Wahlmüdigkeit!

Sie und da taucht die Befürchtung auf, die größte Partei, die Partei der Nichtwähler, werde in dieser Wahl so groß sein wie nie zuvor.

Das darf und soll nicht sein. Wir wissen nicht, ob der Reichstag, der aus diesen Wahlen hervorgehen wird, lange Bestand haben kann und haben wird. Es gibt viele Politiker, die sagen, wie auch immer die Mehrheit ausfalle, sie wird schwach und daher das Leben des Reichstages nicht von langer Dauer sein. Wozu also sich bemühen?

Und dennoch!
Das Volksurteil, das am 6. Juni gesprochen werden wird, wird aller weiteren deutschen Zukunft wirksam und entscheidend vorarbeiten, mag der Reichstag lange oder kurze Dauer haben.

Das Volksurteil des 6. Juni wird die Abrechnung sein mit den Männern und Parteien, die seit der Friedensresolution von 1917 die eigentliche Leitung Deutschlands in den Händen gehabt haben, die es in den Frieden von Versailles und durch die Revolution in die parlamentarische Demokratie hineingeführt haben mit allen ihren Segnungen, zu denen nicht zuletzt auch die steigende Flut des Radikalismus gehört.

Das deutsche Volk wird den Parteien, die seit 1917 Deutschland geführt haben, den Parteien, die die Revolution gemacht, gefördert haben und die sich als die Kinder der Revolution bezeichnen, auf die Frage Antwort erteilen, ob es zufrieden war mit dem Werk der Helden vom Juli 1917 und November 1918. Vom Ausfall dieser Antwort wird der weitere Lauf der deutschen Geschichte abhängen.

Diese Antwort aber muß vollständig und unverfälscht sein. Und das ganz sie nur sein, wenn das ganze Volk seine Stimme erhebt, aber nicht, wenn ein Viertel oder ein Drittel des Volkes aus Kurzsichtigkeit oder aus Gleichgültigkeit zu Hause bleibt.

Keine Wahlmüdigkeit!

Am 6. Juni wählen wir nicht nur einen neuen Reichstag, wir sprechen, was wir am 5. Januar 1919 noch nicht konnten, über die Revolution, deren Ursprung nach sozialdemokratischem Zeugnisse bis 1916 zurückreicht, über den Zusammenhang dieser Vorbereitungen mit der Niederlage, über den neuen deutschen Staatsbau, der im November 1918 aufgerichtet wurde.

Das Ergebnis dieser Aussprache wird weit hinausreichen über den nächsten Reichstag, mag er seinen Lebenslauf normal vollenden oder nicht.

Darum wird Wahlmüdigkeit Pflichtver säumnis gegen die Staatsgemeinschaft und die Gestaltung unserer Zukunft sein. Das überlege sich jeder in den nächsten Tagen.

Der 6. Juni wird unter allen Umständen eine wichtige Etappe in der Weiterentwicklung des republikanischen Deutschland sein!

Die Reichswehr.

Von Bürgermeister Dr. Max H. M. D. R.

In dem nachfolgenden Artikel wird überzeugend dargestellt, was der Wahltag des 6. Juni für die Reichswehr zu bedeuten hat. Er wird die Entscheidung darüber bringen, ob dieses unentbehrliche Instrument unserer inneren Sicherheit durch richtige Behandlung und richtige Eingliederung in den staatlichen Organismus endlich zur inneren Festigkeit und schlagfertigen Verwendbarkeit gelangen wird.

Jeder Staat bedarf, um seinen Befehlen Gehlung zu verschaffen und die Bevölkerung vor Gewalttät und Unruhen zu schützen, einer militärischen Macht. Der Staat wird den höchsten Stand seiner Blüte erreichen, der seinen Bürgern das größtmögliche Maß von Freiheit zur Betätigung ihrer schaffenden Arbeit gewährt und andererseits die straffe Zusammenfassung seiner Kräfte zur Durchführung der staatlichen Maßnahmen zu erreichen in der Lage ist.

Deutschland, das durch den verlorenen Krieg und noch mehr durch die zerstörenden Wirkungen der Revolution zu einem Herde dauernder Unruhen und Störungen geworden ist, ist mehr als irgend ein anderer Staat auf die Schaffung eines zuverlässigen Heeres angewiesen. Noch immer ist unser Reich der schweren Gefahr gewalttätiger Erschütterungen im Innern ausgesetzt. Der Umstand, daß die gegenwärtige Regierung in völliger Verkennung der wirklichen Gefahrenpunkte den radikalen auf gewaltsame Verfassungsänderungen hinauslaufenden Bestrebungen der Kommunisten und anderer ihnen verwandter Parteigruppen durch Nachsicht zu begünstigen versucht hat, ist uns spätestens zum Herbst neuen Umsturzweltlichen der Linksparteien aus. Die Sportler sind im Ruhrkohlenbezirk haben ebenso wie ihre Gefinnungsgenossen in den anderen Industriegebieten und in den Städten des Reiches ihre Waffen im wesentlichen zurückbehalten, in die Organisations der Sicherheitspolizei sind zahlreiche Vertreter der radikalen Arbeiterchaft eingetreten, und in verschiedenen Großstädten ist die Bildung von Ortswehren aus den Kreisen der bewaffneten Arbeiterchaft in Angriff genommen. Auf diese Entwicklung gestützt, werden die Kommunisten und andere Linkssozialisten versuchen, die Gewalt an sich zu reißen, und diese Gefahr ist umso größer, als die sehr beachtliche Entschlossenheit der radikalen Führer im Augenblick der Tot auch auf die besonnenen Teile der Arbeiterchaft den entscheidenden Einfluß zu gewinnen pflegt und der zögernden Haltung der Rechtssozialisten weit überlegen ist.

Gegenüber solchen Gefahren ist eine zuverlässige und in der Hand der jeweiligen Regierung gefügige Reichswehr das

einzige zur Abhilfe geeignete Mittel. Daß bis vor kurzem die Reichswehr der Forderung, ein aktionsfähiges Werkzeug in der Hand der verfassungsmäßigen Regierung zu sein, nicht entsprochen hat, ist durch den Kapp-Putsch deutlich in die Erscheinung getreten.

Die Reichswehr kann nur dann eine der Regierung unbedingt ergebene Waffe sein, wenn sie völlig unpolitisch geworden ist, u. wenn die Mitglieder der Reichswehr das sichere Bewußtsein haben dürfen, von den Regierungsparteien gerecht behandelt und vor entehrenden Angriffen in Schutz genommen zu werden.

Die Entpolitisierung der Reichswehr ist dadurch wesentlich gefördert worden, daß den Angehörigen der Reichswehr das politische Wahlrecht vorenthalten worden ist. Die Entziehung des Wahlrechtes verhindert, daß die Kaserne zum Schauplatz wilder Wahlkämpfe wird, und verbietet dem politischen Feind jeder Richtung den Zutritt in die militärischen Gebäude. Wie wichtig dieser Umstand für die Erhaltung der militärischen Ordnung und Manneszucht ist, wird der Vergleich mit den Zuständen bei der Sicherheitspolizei, die als Beamtenkörper dem politischen Parteikampf überlassen worden ist, zeigen. Es ist nicht schwer zu prophezeien, daß unsere an sich vorzügliche Sicherheitspolizei nicht ohne schweren Schaden an der Festigkeit ihres inneren Gefüges genommen zu haben, aus dem Treiben des Wahlkampfes hervorgehen wird.

Die Soldaten und Offiziere der Reichswehr können aber ferner mit Recht verlangen, daß die Regierung und die die Regierung bildenden Parteien die Truppe als ein Organ des Staates dagegen nachdrücklich in Schutz nehmen, daß sie im Volke dauernd Verunglimpfungen und Verhöhnungen ausgesetzt ist. Wie soll insbesondere ein Vertrauensverhältnis zwischen der Regierung und den Offizieren der Reichswehr hergestellt werden, wenn diese in den Versammlungen der herrschenden sozialistischen Partei ständig den schimpflichsten Verleumdungen über ihr Verhalten im Kriege ausgesetzt sind. Und doch ist der Anteil der gefallenen Offiziere verhältnismäßig dreimal so groß als der der gefallenen Mannschaften. Dazu kommt, daß die Regierung andererseits immer wieder darauf angewiesen ist, von den Reichswehroffizieren zu verlangen, daß sie ihr Leben für den Bestand der gegenwärtigen Regierung einsetzen. Roste hat es mit Hilfe seiner Geschicklichkeit in der Behandlung von Menschen und auf der Grundlage eines richtigen Gefühls für die tatsächliche Machtlage im Innern des Reiches verstanden, unser Offizierkorps in hohem Grade an die veränderten Verhältnisse zu gewöhnen und ihr Vertrauen für seine Person zu erringen. Wären seine Ratschläge in der Regierung befolgt worden, wäre der Kapp-Putsch niemals zum Ausdruck gekommen.

Es wird von größter Bedeutung sein, daß die künftige nach den Neuwahlen gebildete Regierung es versteht, das Band des Vertrauens zwischen den neuen Reichsparteien und der Reichswehr fest zu knüpfen, und insbesondere dem Offizierkorps den Übergang zu den neuen Verhältnissen durch eine verständnisvolle und verständliche Haltung zu erleichtern. Gesinnungswüfferei und rücksichtslose Entlassungen werden die Reichswehr zermürben. Charakterlose Persönlichkeiten, die schnell bereit sind, ihre frühere Bestimmung zu verleugnen, werden, wenn das Reich in Gefahr ist, sicherlich keinen zuverlässigen Schutz bilden.

Falls die Mehrheitsbildung im neuen Reichstag eine Verschiebung des Schwergewichtes von der sozialistischen Regierung weg zur Folge hat, wird zu hoffen sein, daß sich das Offizierkorps der Reichswehr leichter in den neuen Verhältnissen des Reiches zurechtfindet, und auch hier der Ausgleich zwischen alter und neuer Zeit gefunden wird.

Besonders notwendig aber ist es, daß den einzelnen Angehörigen der Reichswehr endlich Gewißheit verschafft werden kann, ob sie ihre Stellung im Heeresdienst behalten oder nicht. Voraussetzung dafür ist, daß die Verhandlungen mit der Entente über die von dieser zugelassene Stärke des deutschen Heeres zum baldigen Abschluß gelangen.

Daß Deutschland, angesichts der bedrohlichen Lage im Innern, auf seiner Forderung bestehen bleibt, ein Heer von 200 000 Mann, wie wir es vorläufig noch unter Waffen haben, dauernd halten zu dürfen, verlangt das Lebensinteresse unseres Reiches.

Der bayerische Teil der Reichswehr.

A. München, 28. Mai. (Priv. Tel.) Das Wehrtreikommando teilt zu den unter der Stichmarke „Zertrümmerung der bayerischen Reichswehr“ erschienenen Presseäußerungen folgendes mit: Das Wehrtreikommando hatte von dem in der Presse erörterten Plane keine Kenntnis. Um das Wehrtreikommando über die wirkliche Sachlage zu unterrichten, wurde ein höherer Offizier des Reichswehrministeriums nach München entsandt, der im Auftrag des Reichswehrministers erklärte: 1. Die landsmannschaftliche Beschlossenheit des bayerischen Teils des Reichsheeres, welche Stärke sie auch erhalten mag, wird unter keinen Umständen durchbrochen werden. 2. Es besteht nicht die Absicht, bayerische Offiziere als Oberbefehlshaber für den geschlossenen bayerischen Teil des Reichsheeres einzusetzen. 3. Die landsmannschaftliche Vereinbarung wird in das neue Reichswehrgesetz aufgenommen. 4. Die Frage des Zusammenschlusses der bayerischen Kavallerie mit dem übrigen Teil der bayerischen Reichswehr wird einer nochmaligen Prüfung unterzogen.

Die wichtigste Aufgabe der deutschen Wählerchaft.

Von Legationsrat Freiherr von Reinebeck.

Die Presse der Koalitionsparteien läßt fort, dem Publikum zu erzählen, daß der Wähler ihrer Richtungen für eine erfolgreiche Außenpolitik unumgänglich notwendig ist. Keulich hat ein großes diplomatisches Blatt sich zu der Behauptung verstiegen, daß die Entente der gegenwärtigen Regierung oder den gegenwärtigen Regierungsparteien die Erhöhung des militärischen Heeresstandes auf 200 000 Mann gestatte, sie aber einem etwas weiter nach rechts orientierten Kabinetts bräut ablehnt. Dieses letztere Kabinetts müßte an seinem eigenen Programm nach unten den Willen der Entente an der höheren Heeresgröße festhalten und ein neuer Krieg sei da. Bei dieser merkwürdigen Darstellung ist zunächst einmal der Vorbericht vollkommen unvollständig, der sich nämlich, daß die Entente der gegenwärtigen Regierung entsagen den Bestimmungen des Versailler Vertrages 200 000 Mann Truppen zu

gestehen werde. Bisher haben sich bekanntlich die Mächte in Paris und London in diesem Punkte außerordentlich hartnäckig gezeigt und es ist der diplomatischen Geschicklichkeit des Kabinetts Keulich, das sich bekanntlich den Zeitpunkt der Konferenz von Compiègne für den Antrag auf Erhöhung des Heeresbestandes ausuchte und so den Ansehens erweckte, als wolle es aus den englisch-italienisch-französischen Gegenständen als lothender Dritter Nutzen ziehen, nicht gelungen, die Entente zur Anerkennung der Notwendigkeit eines für die Erhaltung der inneren Ordnung ausreichenden Heeres zu veranlassen. Nichts spricht dafür, daß ihr Erfolg in dieser Beziehung künftig größer sein wird. Wenn die Entente die Größe und die Stärke des deutschen Heeres vom Standpunkte seiner Gefährlichkeit für die innere und äußere Ruhe betrachtet, so muß ihr die Gefahr am größten erscheinen, wenn die Regierung schwach und autoritätslos ist wie die gegenwärtige. Wenn eine Regierung der Staatsautorität nach seiner Seite hin Gehlung zu verschaffen weiß, so ist sie stets in der Position wie im Heere Entschlossenheit und Strömungen ausgeübt, die ihr entgegenwirken und die ihr vielleicht eines Tages über den Kopf wachsen.

Wenn heute bei uns andauernd von kommunistischen und anderen rechts- und sozialistischen Parteien und Umsturzplänen die Rede ist und wenn die Regierung erklärt, daß sie die Nachrichten über revolutionäre Vorbereitungen extremer Gruppen auf beiden Seiten durchaus ernst nähme, so liegt hierin doch das offene Augenmerk, daß sich die Regierung gänzlich im Besitze der Staatsgewalt befindet. In den Händen einer solchen Regierung kann ein Heer von 100 000, ja, sogar ein solches von 80 000 Mann eine Gefahr bedeuten, weil es eben in Wirklichkeit gänzlich in ihren Händen ist. Wenn es aber einer anderen Regierung gelang, durch Zusammenfassung aller aufzubauenden Kräfte, durch eine sachliche und unparteiische Führung der Politik und der Verwaltung die Staatsautorität wieder aufzurichten, und einen festen allseitig anerkannten Staatwillen zu schaffen, dessen Trägerin sie selbst ist, so kann auch eine etwas größere Armee selbst vom Standpunkte des Auslandes völlig ungefährlich erscheinen, wenn das Ausland sich überzeugt hat, daß diese Regierung nicht weiter anstrebt, als friedliche Wiederaufrichtung. Es muß immer wieder betont werden, eine schwache autoritätslose Regierung nicht dem Auslande nichts, auch wenn sie noch so politisch geklärt ist; sie kann weder nach innen noch nach außen Gewähr gegen Verleumdungen bieten. Eine starke konsolidierte Regierung wird sich eher mit dem Auslande und auch mit anderen bestehenden Staaten zusammenarbeiten können, wenn sie klar und offen ein Programm betreibt und verspricht, das die berechtigten Wünsche nach nationaler Selbsthaltung und nationalem Wiederaufstieg erfüllt und politisch vereint. Ein solches Programm, das aufzuklären und durchzuführen die bisherige Regierung sich als unfähig erwiesen hat, ist durchaus möglich und die Bildung einer Regierung, die es zu verwirklichen vermag, ist die nächste und dringende Aufgabe der deutschen Außenpolitik und die wichtigste Aufgabe der deutschen Wählerchaft.

Die Konferenz in Spa.

Bedenken gegen die Verlagerung der Konferenz.

Berlin, 28. Mai. (W. B.) Nach einer Ratinmeldung haben sich die alliierten Regierungen miteinander ins Benehmen gesetzt über die Anregung der italienischen Regierung, die Konferenz von Spa auf den 1. Juni zu verlagern. Man ist jedoch dieser Anregung wenig günstig gesinnt, da bei Zustimmung zu diesem Vorschlage die internationale Finanzkonferenz in Brüssel nicht vor dem Herbst stattfinden könnte. Es ist fast unmöglich, die wirtschaftliche und finanzielle Lage Europas so lange im Ungewissen zu lassen.

Zahlbar in 40 unverbündlichen Jahresraten.

Paris, 28. Mai. (Priv. Tel.) Lloyd George und Millerand hatten sich in Hyde dahin geeinigt, daß die Sachverständigen zur Konferenz in Spa Vorschläge auf der Grundlage einer bestimmten von Deutschland zu zahlenden Gesamtsumme ausarbeiten sollten. Gegenüber der ursprünglichen französischen Forderung auf Festsetzung der Gesamtsumme von 120 Milliarden Goldmark, wovon Frankreich 30 Prozent erhalten sollte, sei nunmehr ein Vorschlag der Sachverständigen formuliert worden, der dahin geht, daß Deutschland diese Gesamtsumme von 120 Milliarden in 40 unverbündlichen Jahresraten aufbringen soll und die Alliierten die von Deutschland dafür ausgegebenen Baus, jeder für sich, zu weiteren Finanzoperationen mit Hilfe der neutralen Staaten und Südamerikas benutzen wollen. Auf die von Deutschland zu zahlenden Raten sollen die deutschen Rohstofflieferungen und die deutschen Leistungen für den Wiederaufbau in Anrechnung gebracht werden. Die Hilfsaktion für Deutschland soll dann nicht durch Anleihen, sondern durch Bankrott Englands und Amerikas erfolgen.

Die Teilnahme Polens.

Warschau, 28. Mai. (Priv. Tel.) Die Teilnahme Polens an der Konferenz von Spa wird nunmehr als sicher bezeichnet. Wen der polnische Staat dazu beabsichtigt, ist noch unbestimmt. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß der Ministerpräsident Stuzki selbst nach Spa gehen wird.

Der Vorschlag der Volkswirtschaft.

Besteht eine Gefahr für Deutschland?

A. München, 28. Mai. (Priv. Tel.) Im bayerischen Landtagsauschuß für auswärtige Angelegenheiten gab auf eine demokratische Anfrage hin der Vertreter des Ministeriums des Reiches, Geh. Rat Dr. v. Müller, einen aufklärenden Bericht über die Lage in Rußland. Nach den Mitteilungen der Sowjetregierung sind Rohstoffe in ausfuhrfähiger Menge nicht vorhanden. Das Räteystem ist praktisch nicht mehr in Anwendung, die Volkswirtschaft ist als Fabrikbetriebe zerfallen, das Stütz- und Prämiensystem wieder eingeführt. Hervorgehoben wurde die katastrophale Lage in Transporngewerbe. Von den Lokomotiven ist nur noch ein verschwindend kleiner Teil gebrauchsfähig. Besonders scharf steht es in sanitärer Beziehung; in Petersburg funktionieren die Wasserleitungen nicht mehr. Der Hunger kann nicht mehr abgemildert werden, jedoch bei Eintritt der wärmeren Jahreszeit das schlimmste zu befürchten ist. So teilt die russische Regierung selbst mit. Ein Wunsch Rußlands, deutsche Arbeiter zu bekommen, besteht nicht, was Rußland brought sind Techniker. Das Ersuchen Deutschlands um Zulassung von Studienkommissionen wurde abgelehnt.

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Badische Kommunalanleihe.

Mannheim, 28. Mai.

Mit Genehmigung des Ministeriums des Innern ist der Giroverband Badischer Gemeindeparkassen, wie bereits kurz mitgeteilt, eine Anleihe von 50 Millionen Mark heraus, die durch seine Bankanstalt, die Badische Girozentrale in Mannheim, vertrieben wird. Die Anleihe soll Darlehensmittel für badische Städte und Kreise schaffen, sie dient also ausschließlich dem badischen kommunalen Kreditbedürfnis. Der Verband steht unter der Haftung seiner Mitglieder, d. h. 117 öffentliche badische Sparkassen, die mit Gemeindegeldern ausgestattet sind. Da hierbei 478 badische Gemeinden, große, mittlere und kleinere in Frage kommen, so ruht die Anleihe auf einer ungewöhnlich breiten und soliden Grundlage. Sie ist dementsprechend für mündelsicher erklärt worden.

Der Giroverband rückt mit der Ausgabe dieser Anleihe ein gutes Stück vorwärts in der Erfüllung seiner Zweckbestimmung, der Pflege des kommunalen Geld- und Kreditverkehrs. Seit der Gründung im Jahre 1917 hat die Girozentrale aus sehr kleinen Anfängen heraus, die sich zunächst auf die Vermittlung bargeldloser Zahlungen unter den Mitgliedern beschränkten, eine bedeutsame noch stets fortschreitende Entwicklung genommen, die zahlreich in dem heutigen Jahresumsatz von mehreren Milliarden zum Ausdruck kommt. Sie hat sich in ihrem Wirken für die Sparkassen, Gemeinden, Kreise, Kommunalverbände, Stiftungen und sonstige öffentlichen Kassen oder Einrichtungen als Anlagestelle flüssiger Mittel und Abgeberin kurzfristiger Kredite als recht nützlich erwiesen, da sie in geschlossenem Kreislaufe öffentliche Mittel aufsaugt und mit geringem Nutzen, der an die Mitglieder zurückfließt, wieder öffentlichen Zwecken zuführt. Daß sie damit für den öffentlichen Geldverkehr äußerst wichtige Funktionen ausübt, bedarf keiner besonderen Betonung. Man hat dies auch unter den vorgenannten öffentlichen Einrichtungen reslos erkannt und die Bestrebungen der Girozentrale, die im übrigen Deutschland von den kommunalen Giroverbänden der einzelnen Länder in gleicher Weise verfolgt werden, durch engen Anschluß unterstützt.

Nun folgt die badische Girozentrale dem Vorgehen der meisten übrigen deutschen Schwesteranstalten, indem sie durch Aufnahme der Badischen Kommunalanleihe auch den langfristigen Kredit in ihren Aufgabenkreis aufnimmt. Sie kommt damit einem großen Bedürfnis, namentlich derjenigen Gemeinden entgegen, die nicht mit eigenen Anleihen an den Markt herantreten können. Damit möglichst viele Gemeinden an der Verwendung der Anleihenmittel teilhaben können, ist die Ausgabe auf einen Gesamtbetrag von 50 Millionen Mark bemessen, der demnach noch als mäßig zu bezeichnen ist. Je nach der Höhe des auftretenden Bedürfnisses werden einzelne Abteilungen der Anleihe aufgelegt. Die Anleihe erfüllt damit offenkundig einen wichtigen Zweck für die badischen Gemeinden. Sie entspricht aber auch dem heute recht lebhaften Bedürfnis weiter Kreise, indem sie Gelegenheit zu guter und hervorragend sicherer Kapitalanlage bietet.

Die Währungsfrage bei Auslandverkäufen.

Berlin, 28. Mai. (Drahtb.) Nunmehr hat der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung an die sämtlichen Außenhandelsstellen, Nebenstellen wie Zentralstellen, eine Auslassung zum Zwecke der Information und Rückführung gerichtet. Darin wird angesichts der gestiegenen deutschen Valuta und infolgedessen bei Verkäufen in Auslandswährung eintretenden Verluste und angesichts der erleichterten Lage am Devisenmarkt als angebracht bezeichnet, daß die Außenhandelsstellen die Frage der Fakturierung in Auslandswährung einer erneuten Prüfung unterziehen. Es wird empfohlen, zu erwägen, ob es nicht besser sei, den Exporteuren Freiheit hierin zu geben. (Wir verweisen hierzu auf unseren Artikel im heutigen Mittagsblatt. Ferner wäre es zu erwägen, ob sich nicht als Fakturbasis „Verkauf in Goldmark“, wie wir in einem Artikel anregten, empfiehlt. Die Red.)

Börsenberichte.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 28. Mai. (Drahtb.) An der heutigen Börse herrschte bei Beginn eine freundlichere Stimmung vor. Am Markte der Montanwerte waren überwiegend Kursbesserungen zu verzeichnen. Deutsch-Luxemburger konnten 16% höher einsetzen. Fest lagen ferner Gelsenkirchener, Harpener, Oberbedarf und Caro. Schiffahrtsaktien lagen ungleichmäßig; während Hapag etwas anzog,

gaben Nordd. Lloyd 1 1/2 % nach. Gebessert gingen Lombarden hervor (32). Schantungbahn wurden lebhaft gehandelt, sie konnten ihren Kursstand um 1 1/2 % auf 593 verbessern. Deutsche Petroleum setzten höher ein. Unter Kurschwankungen bewegte sich dieses Papier zwischen 622-612. Deutsch-Überseeer Elektrische stellten sich mit 799 43 % höher. Felten u. Guilleaume gingen um 4 % gebessert hervor. A. E. G. und Schuckert lagen hauptsächlich in chemischen Aktien blieb die Kursbewegung bescheiden. Gesucht waren Anglo Guano, dagegen Holzverkohlung niedriger angeboten. Elektron Griseheim stellten sich 3 1/2 % höher. Bad. Anilin waren 5 1/2 % höher. Kolonialwerte waren fester. Otavinen gewannen 25 %. Deutsch-Kolonialanteile 700. Südscephosphat 2025 bis 2000. Später wurde die Tendenz unregelmäßig, was mit der schwankenden Haltung des Devisenmarktes im Zusammenhang gebracht wurde. Privatskont 4 1/2 % und darunter.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 28. Mai. (Drahtb.) Die Kursbewegung an der Börse war heute weniger abhängig von der Haltung des Devisenmarktes als sonst. Gleich bei Beginn zeigte sich in der Stimmung eine vorwiegende Mattigkeit, weil man den Berichten über die Möglichkeit innerer Unruhen mehr Beachtung schenkte. Die Kursbewegung war daher trotz der festen Haltung des Devisenmarktes abwärts gerichtet, wenn auch einzelne Ausnahmen zu verzeichnen waren. So stellten sich Hösch 15. Bad. Anilin 11. Elberfelder Farben 6. Rhein. Metall 5. und Deutsche Waffen 10% höher. Die Mattigkeit verschärfte sich noch im Verlaufe und zog auch anfänglich höher bewertete Papiere in Mitleidenschaft. Die Verluste betragen gestern bei Phoenix etwa 24. bei Hansa 14. A. E. G. 12. Deutsch-Überseeer 6%. Daimler 14. Westergeln 20. Otavi 45%. Deutsche Anleihen waren wenig verändert. 3% Reichsanleihe waren etwas erhöht.

Berliner Produktionsmarkt.

Berlin, 28. Mai. (Drahtb.) Am Produktionsmarkt befestigte sich Hafer infolge einigen Besuchs des Westens, sowie auf Deckungskäufe und zurückhaltendes Angebot der Provinzen. Hülsenfrüchte waren wenig begehrt. Lupinen waren nur etwas gefragt im kleinen Saatzgeschäft zu Gründungszwecken. Rauhfutter war vorwiegend angeboten. Hafer-Notierungen: Loco ab Bahn: 3200; fehlt. Spätere Lieferungen 3000-3010. Tendenz: Fest.

Wirtschaftliche Rundschau.

Fusionsverhandlungen in der Bankwelt.

Laut Blättermeldungen sind Verhandlungen im Gange, die auf eine Verschmelzung der Württembergischen Vereinsbank in Stuttgart mit der Deutschen Bank Berlin hinauslaufen. Bekanntlich bestehen schon seit langem Beziehungen zwischen den beiden Instituten, die als Freundschaftsverhältnis aufzufassen waren, wobei aber das württembergische Institut doch einen völlig selbständigen Charakter trug. Nunmehr wird weiter gemeldet, daß die Deutsche Bank eine Fusion anbietet in der Weise, daß für 2 Aktien der Vereinsbank eine Deutsche Bank-Aktie gegeben werden soll. Bisher hat sich die Verwaltung des Instituts zu diesem ziemlich bestimmt auftretenden Fusionsvorschlag nicht geäußert, so daß diese Bestrebungen wohl richtig sein dürften, wenn auch Authentisches erst in der am 31. Mai stattfindenden Generalversammlung der Württembergischen Vereinsbank mitgeteilt werden wird. Von nicht unmittelbarer interessierter Seite wird uns ferner mitgeteilt, daß das oben erwähnte Angebot als ungünstig für die Aktionäre der W. Vereinsbank erscheine, so daß vorhandene Großaktionäre wohl gegen eine Verschmelzung auf dieser Basis Widerstand leisten würden.

Wayß u. Freytag, Neustadt a. H.

Neustadt a. H., 27. Mai. In der heutigen Generalversammlung der Wayß u. Freytag A.-G., zu der 21 Aktionäre mit 1784 Stimmen erschienen waren, wurden die Regularien genehmigt, insbesondere die Verteilung einer Dividende von 10%. Die statutengemäß ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder wurden wiedergewählt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats Konrad Dring, Konrad Freytag, erhob für das kommende Jahr eine Erleichterung in der Materialbeschaffung. Die Verhältnisse mit den Arbeitern würden sich kaum bessern. Generaldirektor Otto Mayer konstatierte, daß die Aussichten der Gesellschaft für das kommende Jahr günstig seien, die Verwaltung sei aber nicht Herr darüber, ob die deutsche Wirtschaft im neuen Jahre ungestört bleibt. Soweit die in der Industrie eingetretene Krise auf die Valutaländerung und die Ausfuhrverhältnisse zurückzuführen sei, bleibe die A.-G. Wayß u. Freytag davon unberührt, weil sie nicht exportiere. Es sei aber nötig, daß wir Bausteine bekommen, ferner, daß wir im allgemeinen Ruhe erhalten, um die industriellen Geschäfte wirklich aufnehmen zu können.

Tabaksteuer und Pflanzern.

Nach § 25 des neuen Tabaksteuergesetzes ist der vom Pflanzern erzeugte und geräucherte Tabak nur an angemeldete Tabakhändler und Tabakverarbeiter abzusetzen und spätestens zum 1. August des auf das Erntejahr folgenden Jahres an einen Tabakhändler oder Tabakverarbeiter oder auf eine öffentliche Niederlage oder in ein unter amtlichen Mitverschuß stehendes Lager oder in das Ausland zu bringen. Anstelle des Tabakhändlers oder Tabakverarbeiters kann auch der Pflanzers selbst treten. Da nun in den letzten Tagen bereits von verschiedenen Steuerämtern öffentlich zur Räumung aufgefordert worden ist, d. h. daß die Pflanzern selbstgebauten Tabake abzugeben hätten oder in einem unter amtlichen Mitverschuß stehenden Lager abzuführen hätten, hat die Badische Landwirtschaftskammer in einer Eingabe das Ministerium des Innern und das Ministerium der Finanzen gebeten, daß dieses die einzelnen Steuerbehörden anweist, von der in dem gleichen Paragraph genehmigten Ausnahme der Fristverlängerung weitgehend Gebrauch zu machen, da die Verhandlungen der Pflanzerschaft mit dem Reichswirtschafts-Ministerium noch immer nicht zum Abschluß gekommen sind.

Heddernheimer Kupferwerk und Süddeutsche Kabelwerke A.-G. Frankfurt-Mannheim. Nunmehr wurde von der Pfälzischen Bank, Ludwigshafen, der Süddeutschen Bank, Abt. der Pfälzischen Bank, Mannheim und der Süddeutschen Diskontogesellschaft A.-G. Mannheim der Antrag gestellt, die 3 Mill. Mark Aktien Nr. 9001-12000 des genannten Unternehmens auch an der Mannheimer Börse zur Notierung zuzulassen.

Weitere Herabsetzung des Ankaufspreises für Silbermünzen. Der Silberankaufspreis der Reichsbank wurde weiter auf 4 Mark für eine Silbermark (zuletzt 5 Mark) ermäßigt.

Beschlagnahmetermin für den Hafer. In der neuen Reichsgetreideordnung für 1920 wird bestimmt, daß Hafer früherer Ernten mit dem 16. August dieses Jahres für den Kommunalverband, in dessen Besitz er sich befindet, beschlagnahmt ist.

Zuckerfabrik Rheingau A.-G. in Worms. Die gestern hier abgehaltene außerordentliche Generalversammlung der Zuckerfabrik Rheingau A.-G. in Worms, genehmigte nach Darlegungen und eingehender Begründung des Kapitalbedarfs durch Direktor Schick die beantragte Kapitalerhöhung. Es wird somit das bisherige Aktienkapital von 2.33 Mill. Mark auf 9.32 Mill. Mark erhöht. Der Ribbenpreis für die kommende Wirtschaftsperiode teilt sich nach den gemachten Mitteilungen voraussichtlich auf 44 Mark pro Doppelzentner, die sonstigen Betriebskosten seien auf 6-8 Mill. Mark zu schätzen, so daß ein Kapitalumsatz unter Zugrundelegung von 1 Mill. Doppelzentner Ribben von 44 Mill. Mark sich ergeben werde. Die neuen Aktien sind für 1919/20 gewinnberechtigt. Die Angebotsbedingungen werden vom Aufsichtsrat und Vorstand festgesetzt. In den Aufsichtsrat wurde anstelle von Direktor Wolf (Zuckerfabrik Waghausel), der sein Amt niedergelegt hat, als technisches Mitglied Direktor Dr. Wilhelm Spruck (Zuckerfabrik Frankenthal) gewählt. Die weitere Generalversammlung der südwestdeutschen Zuckerfabriken, die bekanntlich sämtlich Kapitalerhöhungen vornehmen, finden am 29. Mai statt.

Erhöhung der Schlepplöhne auf dem Neckar. Die Gesellschaft Schleppschiffahrt auf dem Neckar erhöhte mit staatlicher Genehmigung den Schlepplohn um weitere 10%, nachdem bisher Zuschläge von 160% auf den ursprünglichen Schlepplohn erhoben wurden.

Neueste Drahtberichte.

Preisermäßigung für Roheisen in Sicht. m. Köln, 28. Mai. (Eig. Drahtb.) Morgen tritt der Industriesausschuß des Eisenwirtschaftsbundes zusammen, um über die neuen Preise der Eisen- und Stahlerzeugnisse zu beschließen. Wie wir erfahren dürfte es dabei zu Preisermäßigungen kommen, nachdem auf dem Schrotmarkte nach einer vorübergehenden Erhöhung starke Preisrückgänge eingetreten sind. So war in den letzten Tagen der Preis auf 850 Mark pro Tonne zurückgegangen. Für Juni und Juli sind für Roheisen Preisermäßigungen in Aussicht genommen. Dem Roheisen werden alsdann Stahl sowie andere Erzeugnisse folgen müssen.

Lokomotivfabrik Krauß u. Co. A.-G., München. Q. München, 28. Mai. (Eig. Drahtb.) In der gestrigen Generalversammlung wurde die Dividende auf 10% festgesetzt. Die aus dem Aufsichtsrat ausscheidenden Mitglieder wurden wiedergewählt und Geh.-Rat v. Weiß-München neu gewählt. Weiter fand ein Antrag auf Umtausch der auf 5000 und 2000 Mark lautenden Aktien in solche von 1000 Mark im Zusammenhang mit der geplanten Börseneinführung Annahme. Die Einführung der Aktien ist, wie man hört, zunächst für die Berliner Börse, sodann für Frankfurt und München vorgesehen.

Frankfurter Börse.

Festverzinsliche Werte.	
a) Inländische.	28. 27.
1000 Reichsmark v. 1912	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1913	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1914	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1915	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1916	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1917	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1918	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1919	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1920	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1921	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1922	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1923	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1924	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1925	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1926	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1927	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1928	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1929	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1930	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1931	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1932	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1933	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1934	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1935	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1936	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1937	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1938	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1939	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1940	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1941	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1942	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1943	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1944	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1945	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1946	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1947	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1948	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1949	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1950	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1951	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1952	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1953	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1954	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1955	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1956	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1957	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1958	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1959	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1960	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1961	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1962	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1963	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1964	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1965	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1966	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1967	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1968	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1969	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1970	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1971	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1972	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1973	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1974	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1975	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1976	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1977	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1978	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1979	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1980	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1981	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1982	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1983	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1984	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1985	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1986	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1987	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1988	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1989	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1990	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1991	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1992	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1993	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1994	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1995	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1996	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1997	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1998	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 1999	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2000	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2001	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2002	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2003	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2004	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2005	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2006	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2007	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2008	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2009	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2010	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2011	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2012	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2013	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2014	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2015	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2016	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2017	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2018	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2019	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2020	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2021	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2022	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2023	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2024	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2025	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2026	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2027	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2028	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2029	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2030	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2031	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2032	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2033	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2034	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2035	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2036	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2037	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2038	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2039	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2040	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2041	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2042	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2043	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2044	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2045	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2046	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2047	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2048	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2049	101.50/101.50
1000 Reichsmark v. 2050	101.50/101.50

Berliner Börse.

Festverzinsliche Werte.	
a) Reichs- und Staatsanleihen.	28. 27.
100 Reichsmark v. 1912	101.50/101.50
100 Reichsmark v. 1913	101.50/101.50
100 Reichsmark v. 1914	101.50/101.50
100 Reichsmark v. 1915	101.50/101.50
100 Reichsmark v. 1916	101.50/101.50
100 Reichsmark v. 1917	101.50/101.50
100 Reichsmark v. 1918	101.50/101.50
100 Reichsmark v. 1919	101.50/101.50
100 Reichsmark v. 1920	101.50/101.50
100 Reichsmark v. 1921	101.50/101.50
100 Reichsmark v. 1922	101.50/101.50
100 Reichsmark v. 1923	101.50/101.50
100 Reichsmark v. 1924	101.50/101.50
100 Reichsmark v. 1925	101.50/101.50
100 Reichsmark v. 1926	101.50/101.50
100 Reichsmark v. 1927	101.50/101.50
100 Reichsmark v. 1928	101.50/101.50
100 Reichsmark v. 1929	101.50/101.50
100 Reichsmark v. 1930	101.50/101.50
100 Reichsmark v. 1931	101.50/101.50
100 Reichsmark v. 1932	101.50/101.50
100 Reichsmark v. 1933	101.50/101.50
100 Reichsmark v. 1934	101.50/101.50
100 Reichsmark v. 1935	

